

**Sonder-  
Ausgabe**

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.  
(davon 87 Pf. monatlich für Zustel-  
lung ins Haus) im Voraus zahlbar.  
Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf.  
Postgebühren und 72 Pf. Verteilungs-  
beiträge. Auslandsbestellungen 5,05 M.  
pro Monat; für Länder mit ermäßig-  
tem Posttarif 4,80 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Sonntags und Feiertags  
einmal. Die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Sonntagsausgabe  
„Volk und Welt“.

# Vorwärts

**Berliner Volksblatt**

**Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands**

**Gratis!**

Die einseitige Millimeterzelle 20 Pf.  
Reklameweise 2.— M. „Kleine An-  
zeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf.  
(schlieflich zwei festgedruckte Worte); jedes  
weitere Wort 10 Pf. Rabatt 12. Letzt.  
Worte über 15 Buchstaben zählen für  
zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeter-  
zelle 25 Pf. Familienanzeigen Milli-  
meterzelle 16 Pf. Anzeigenannahme  
im Hauptgeschäft Lindenstr. 3.  
Wochentags von 8<sup>1/2</sup> bis 17 Uhr.  
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-  
lehnung nicht genehmiger Anzeigen vor.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten, Wallstr. 65. Dt. D. u. Disc.-Ges., Depostenkasse Lindenstr. 3.

# Volk, du mußt zahlen! Damit die SA. paradieren kann!

„Keine Notverordnungen mehr!“ Das war der Kampf-  
ruf der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen „gegen  
das System“. Brüning wurde von ihnen gestürzt. Von  
ihrem Beifall begrüßt, übernahm die Regierung von  
Papen, das Kabinett der Barone, die Reichsgewalt. Das  
erste Ergebnis der Regierungstätigkeit dieses neuen Kabinetts  
sind — zwei Notverordnungen!

Die eine hebt das am 13. April erlassene Verbot der SA,  
der Privatarmee Hitlers, wieder auf.

Die SA. darf wieder paradieren  
und wieder Uniform tragen.

Die andere Notverordnung legt durch Abbau aller sozia-  
len Leistungen und durch Steuererhöhungen den breiten  
Massen des Volkes

**neue Opfer von rund 1 1/2 Milliarden**

auf. Gesenkt werden die Leistungen der Invaliden-, An-  
gestellten- und Knappschaftlichen Pensionsversicherung um  
mindestens 15 Proz. Gesenkt werden die Unfallrenten  
gleichfalls mindestens um 15 Proz. Gesenkt werden die  
Unterstützungen für die Arbeitslosen um mehr als 520 Mil-  
lionen.

Den Kriegsbeschädigten nimmt man einen Teil  
ihrer Unterstützung.

400 Millionen werden durch eine neue Beschäftigten-  
steuer aufgebracht, eine Arbeitnehmersteuer, die die Ar-  
beitgeber völlig frei läßt. Wenn ein Industrieller einen  
Chauffeur hat, so zahlt der Chauffeur, aber der Industrielle  
zahlt nicht. Die von den Sozialdemokraten im Jahre 1926  
beseitigte

**Salzsteuer**

wird in verzehnfachter Höhe wieder eingeführt. Sie soll  
70 Millionen bringen, während auf der anderen Seite die  
sogenannte Aufbringungsumlage, eine Steuer der großen  
Konzerne, um die Hälfte, um 100 Millionen, ermäßigt wird.  
Den Rest des Ausfalls dürfen die Kleinen Geschäfts-  
leute und Landwirte decken, deren in der Notverord-  
nung mit besonderer Liebe gedacht wird, indem man

die Freigrenze von 5000 M. für die Umsatzsteuer  
beseitigt!

Vergebens versuchen Nationalsozialisten und Deutschnationale  
die Verantwortung für diese Ungeheuerlichkeiten von sich weg-  
zuschieben. Auf ihr Betreiben ist die Regierung Brüning  
gestürzt und durch das Kabinett der Barone ersetzt worden.  
Auf ihr Betreiben ist der Reichstag aufgelöst worden, so daß  
die neue Regierung, ohne ein Vertrauensvotum des Parla-  
ments zu besitzen, drei Monate lang nach Belieben schalten  
und walten kann.

Adolf Hitler hat der neuen Regierung seine  
Unterstützung versprochen, wenn der Reichstag  
aufgelöst und das SA-Verbot aufgehoben wird.  
Beide Bedingungen sind erfüllt.

Vergebens also versuchen die Schuldigen ihre Hände in  
Unschuld zu waschen. Die urfächlichen Zusammenhänge liegen  
völlig klar zutage. Beide Notverordnungen der Regierung  
Papen-Schleicher sind aus demselben Geiste geboren,  
sind zwei Stücke von einem Ganzen, die eine ist ohne die  
andere nicht möglich.

Nur weil Papen-Schleicher das Versprechen ge-  
geben hatten, die SA. wieder zu gestatten, hatten  
sie die Möglichkeit, ihre Hungernotverordnung  
zu erlassen!

SA. marschiert. SA. kriegt neue Uniformen! Wer zahlt?  
Dunkles Geheimnis! Die preußische Polizei muß ihre Klei-  
dungsbedürfnisse zurückstellen und in diesem Jahr noch die  
alten Sachen austragen, weil das Geld für neue fehlt. Hitlers  
Privatarmee prangt in neuen Uniformen!

Die Kosten der Neuuniformierung der SA. werden auf  
mehr als 15 Millionen geschätzt. Aber das Volk hat ja noch

**Sozialdemokraten!  
Republikaner!  
Bewahrt kaltes Blut!**

Die Hitler-Jungen mit ihren  
neuen Notverordnungs-  
jacken imponieren uns  
nicht!

Wir lassen uns nicht  
provizieren!

Wir provozieren nicht!

Wir verabscheuen Gewalt-  
tätigkeiten — und lassen  
uns auch keine gefallen!

**Unsere Waffe, der  
Stimmzettel!  
Abrechnung 31. Juli!**

ganz andere Summen zu zahlen. Wiedererscheinen der SA.  
und neue Lasten von 1 1/2 Milliarden hängen miteinander  
zusammen.

Daran denkt, wenn ihr eine SA.-Uniform seht!

Kein Invalide, kein Angestellter, kein  
Knappschaftspensionär kann einen uniformierten  
SA.-Mann sehen, ohne an die Kürzung seiner Rente zu  
denken!

Kein Arbeitsloser kann einen uniformierten SA.-  
Mann sehen, ohne daran erinnert zu werden, in wie brutaler  
Weise seine Unterstützung gesenkt worden ist!

Dem Kriegsbeschädigten, der einen uniformier-  
ten SA.-Mann sieht, fällt die zwanzigprozentige Kürzung  
seiner Rente ein. („Der Dank des Vaterlandes ist euch  
gemiß!“)

Die Arbeiterfrau muß bei dem gleichen Anblick  
daran denken, daß sie fortan für das Salz, das sie an die  
Kartoffeln tut — 6 Pf. pro Pfund — Steuern bezahlen muß.

Die kleinen Geschäftsleute und Landwirte  
aber, die bisher so brav nationalsozialistisch gewählt haben,  
mahnt die Erscheinung eines Hitler-Soldaten an die Umsatz-  
steuer von 2 Proz., die als erste Segnung des neuen Systems  
über ihn gekommen ist!

Deutschland, erwachst du endlich?  
SA. marsch. ert — und du bezahlst!

**Keine Arbeitsbeschaffung!  
Viel schlimmer als Brünings Pläne!**

Die bitterste Enttäuschung bringt die erste Notverordnung  
der Hitlerbarone den breiten Massen mit dem, was sie nicht  
erhält. Sie legt ihnen nicht nur Steuern von unerhörter  
Brutalität auf, sie führt nicht nur einen Sozialabbau auf der  
ganzen Linie durch, sie macht auch

alle Hoffnung auf Arbeitsbeschaffung zunichte!

Es gibt keine Anleihe für Arbeitsbeschaffung,  
es gibt keine staatliche Förderung des Wohnungsbaus,  
es gibt keine Erweiterung des Straßenbauprogramms! Nichts  
von all den Plänen der Sozialdemokratie und der  
Gewerkschaften, des Reichswirtschaftsrats und der Re-  
gierung Brüning, die 600 000 Menschen Arbeit verschaffen  
würden, soll durchgeführt werden. Diese 600 000 werden jetzt  
mit leeren Versprechungen abgepeißt und werden vergeblich  
auf Arbeit warten. Denn Arbeitsbeschaffung hätte vielleicht  
wie ein Rückfall in den „Staatssozialismus“ ausgesehen, und  
das wollte die Regierung Papen unter allen Umständen ver-  
meiden.

Diese erste Notverordnung des Kabinetts der Barone  
ist viel schlimmer als das, was Brüning geplant hatte.  
Brüning wollte wenigstens keine Verschlagung der Arbeits-  
losenversicherung, keine Verkürzung der Unterstützung von  
20 auf 6 Wochen und keine Einführung der Bedürftigkeits-  
prüfung. Er wollte keinen Abbau bei den Sähen der  
Wohlfahrtspflege und bei den Renten der Kriegsbeschädigten.  
Brüning wollte auch keine Wiedereinführung der Salz-  
steuer, keine Beseitigung der Umsatzsteuerfreigrenze und  
keine Halbierung der Aufbringungslast.

Eine solche Notverordnung konnte nur von einer Regie-  
rung erlassen werden, die glaubt, überhaupt keine Rücksicht  
mehr auf die Massen des Volkes nehmen zu müssen.

**Naziproleten, seht  
euch eure Führer an:**

Prinz August-Wilhelm von Preußen  
Herzog Eduard von Coburg  
Prinz Friedrich-Christian zu Schaumburg-Lippe  
Generalleutnant Ritter Franz von Epp, MdR.  
Graf zu Reventlow, MdR.  
Freiherr von Wangenheim, MdR.  
Freiherr von Reichenau  
Dietrich von Jagow  
Freiherr von Reibnitz, MdL.  
Udo von Woyrsch, MdL.  
Erich von Nolendorff, MdL.  
Kuno Freiherr von Eitz-Rübenau, MdL.  
Wolf Graf von Helldorf, MdL.  
General Litzmann, MdL.  
Dr. Freiherr von Gregory, MdL.  
Graf Solms-Laubach  
General von Liebert

So sieht auch die neue Reichsregierung aus:

Herr von Papen  
Freiherr von Gayl  
General von Schleicher  
Freiherr von Braun  
Paul Freiherr Eitz von Rübenach  
Graf von Schwerin-Krosigk  
Freiherr von Neurath

**Je mehr Nazis im Reichstag, desto  
mehr Barone in der Regierung!**

# Das Freiheitsopfer!

Der 31. Juli 1932, der Tag der Reichstagswahl, wird die Entscheidung darüber bringen, ob das deutsche Volk noch einmal in Sklaverei versinken soll oder ob es den Weg zu neuem wirtschaftlichen und freiheitlichen Aufstieg wählt.



Dieser Kampf um die Zukunft des ganzen schaffenden Volkes muß mit der Einsetzung aller Kräfte geführt werden. Aber zum Kriegsführen gehört Geld. Schafft Munition herbei! Es sind für diesen Zweck Freiheitsmarken ausgegeben worden,

deren Erwerb Ehrensache aller Gesinnungsreunde ist.

Wer nur wenig geben kann, gibt wenig, wer mehr hat, muß mehr opfern! Durch Erwerb und Besitz von Freiheitsmarken bezeugt jeder seine Verbundenheit mit der in heißer Bahnschlacht stehenden Partei des arbeitenden Volkes, der Sozialdemokratie.

Drei Pfeile auf den Marken des Freiheitsopfers sind das Symbol aller Freiheitskämpfer.

Liefert der Welt den überwältigenden Beweis, daß die deutschen Klassenbewußten Arbeiter, Angestellten und Beamten für ihre große Sache zu kämpfen und zu opfern wissen.

„Freiheit“ ist der Kampfesruf!  
Vorwärts im Zeichen der drei Pfeile!  
Durch Kampf zum Sieg!

## 31. Juli - 1. August

### Zwei interessante Daten

Am 31. Juli wird gewählt.

Am 1. August tritt die Notverordnung der Hitler-Barone, die große Hungersnotverordnung, in Kraft.

Warum nicht schon am 1. Juli?

Damit das Volk nicht merkt, was dabei herauskommt, wenn es nationalsozialistisch wählt!

Wie heißt doch der alte Vers:

Nur die allergrößten Käiber  
Wählen ihre Metzger selber.

Am 31. Juli sollen die Käiber noch einmal ihre nationalsozialistischen Metzger wählen.  
Am Tage darauf werden sie geschlachtet.

## Einheitsfront — aber mit wem?

Die neue Bettgemeinschaft der SPD. mit den Nazis.

Die Kommunisten haben im Landtag dem nationalsozialistischen Antrag zugestimmt, der die Absetzung Orzeszinski fordert. Sie wollen offenbar den Grafen Hellendorff als Berliner Polizeipräsidenten haben!

Die Kommunisten haben ferner gemeinsam mit den Nationalsozialisten einen Antrag zugestimmt, der die Absetzung jener Polizeioffiziere fordert, die energisch gegen nationalsozialistische Rowdys beim Aufzug der Stagerraf-Wache eingeschritten sind. Die Kommunisten haben gemeinsam mit den Nazis dafür gestimmt, daß die Polizeioffiziere vor ein „deutsches“ Gericht gestellt werden!

Die Bezirksleitung der SPD. liefert dazu die Theorie in einem Aufruf, in dem es heißt:

„Niemals werden wir den Orzeszinski und Severing Amnestie gewähren für ihre Hindenburg-Politik die der Papen-Regierung das Bett gemacht hat!“

Niemals werden wir Heilmann Amnestie gewähren, der im Auftrag der SPD. sich für eine „verantwortungsvolle“ „nationale Opposition“ ausspricht, d. h. für die außerparlamentarische Duldung der Papen-Regierung.

Niemals kann es eine Amnestie für jenen Arbeiterverrat geben, die Nazis „heranzulassen“, damit sie sich „abwirtschaften“. Die Tarnow und Severing, die eine solche Politik vertreten, sind und bleiben für uns die offenen Wegbereiter und Handlanger des Faschismus!“

Niemals Amnestie für Orzeszinski, Severing, Heilmann, Tarnow, aber Amnestie für Straker, Goebbels, Hellendorff, Hitler und für die nationalsozialistischen Mörder und Totschläger, die Sozialdemokraten und Kommunisten ermordet haben!



## Freiheitspfeile über Deutschland

Erster Pfeil: Aktivität  
Zweiter Pfeil: Disziplin  
Dritter Pfeil: Einigkeit

In diesem Zeichen werden wir siegen!

Verantwortlich: Dr. Curt Geyer, Berlin. — Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstr. 8.

## Alle Kameraden.



# Lastenfreie Millionäre.

## Den oberen Zehntausend nimmt die Notverordnung nichts.

Die Regierung Papen hat Anpassung an die Armut der Nation gefordert. Die erste Notverordnung der Baronsregierung hat diese Forderung in die Tat umgesetzt.

Die Arbeitslosenversicherung ist zerfallen. Die Arbeitslosenversicherung ist zu einer öffentlichen Armenpflege und der Erwerbslose zu einem Almosenempfänger degradiert worden.

Die Enteignung der überschuldeten Junker ist unterblieben. Aber die erste Tat der Regierung Papen war die Enteignung von Millionen Arbeitern und Angestellten.

Seit fast fünf Jahren haben die Bertätigten Woche für Woche ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung geleistet; die Gegenleistung der Baronsregierung besteht in einer Zerstückelung der Versicherung. Die vom Lohn gezahlten Beiträge sind jetzt verloren. Sie stellen nichts anderes mehr dar als eine zusätzliche Steuer der Arbeiter und Angestellten.

bei den Direktoren der Großbetriebe auch heute noch Brauch. Bei der IG-Farbenindustrie, dem deutschen Chemietrust, überschreiten die Gehälter der leitenden Direktoren 200 000 Mark im Jahr. Das Direktorium des schwerindustriellen Rammesmann-Konzerns hat im Krisenjahr 1931 fast eine runde Million an Gehalt bezogen. Wenn schon die leitenden Angestellten derartige Summen erhalten, wie hoch mag dann

das Jahreseinkommen der mächtigen Kapitalbesitzer, der Herren Thyssen, Kirdorf und der sonstigen Schwerindustriellen Finanziers der Nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“

sein! Auch im Maschinenbau kommen die Großaktionäre noch auf ihre Kosten. Bei der Berliner Akkumulatorenfabrik A.-G., die 1931 zahlreiche Entlassungen vorgenommen hat, besitzt ein Dr. Günther Quandt — früher Wohnsitz Grunewald, jetzt Wohnsitz

	Ergebnis		Verdienst		Aussichtsrat		
	Berwaltungsstellen	Zahl der Mitglieder	Bezüge	Durchschnittsgehalt rund	Zahl der Mitglieder	Bezüge	
IG-Farben	7 000 216	43	5 979 719	145 000	51	1 027 500	20 000
Deutsche Discount-Bank	3 373 782	24	2 844 750	120 000	120 (!)	429 000	3 500
Allianz-Versicherung ohne Lothargel.)	2 309 660	22	1 695 635	80 000	60	614 000	10 000
Continental-Gummwerke	1 995 500	4	nicht aufgeführt	—	11	297 000	29 000
Bank. Hypotheken- und Wechselbank	909 000	18 (!)	871 000	50 000	18	38 000	2 000
Wannemann-Röhrenwerke A.-G.	933 734	7	878 000	135 000	27	75 000	3 000
Akkumulatorenfabrik A.-G. Berlin	846 900	4	440 000	110 000	14	408 250	30 000
Schubert & Salzer A.-G.	673 627	4	574 627	145 000	8	99 000	12 500
Maschinenfabrik Budauf	523 496	8 (!)	500 000	65 000	—	—	—
Bayerische Rotorenwerke	380 000	5	360 000	70 000	9	28 000	3 000
Alle-Bergbau A.-G.	411 125	2	257 000	130 000	14	154 000	11 000
Harpener Bergbau	581 034	10 (!)	—	—	—	—	—
Gesüßel Ludm. Voewe A.-G.	—	7	501 340	72 000	—	—	—
Sarotti A.-G.	391 863	3	361 833	120 000	—	—	—
Baumwollindustrie Erlangen-Bamberg	—	2	137 320	70 000	—	—	—
Bosman & Sauer A.-G.	290 000	4	270 000	70 000	8	18 000	2 500

Die kleine kapitalistische Oberschicht aber kann sich ins Häußchen lachen. In ihr ist der Keich der Notverordnung spurlos vorübergegangen.

Der Lebensstandard der breiten Masse ist auf einen unerträglichen Tiefstand gedrückt worden, aber der Lebensstandard der Generaldirektoren und Aufsichtsräte darf nicht angetastet werden.

Dere „Wirtschaftsführer“, die einen großen Teil der deutschen Wirtschaft in Grund und Boden gemirtschaftet haben, empfinden es als eine Annahme sondergleichen, ihren verschwenderischen und feudalen Lebensstil den harten Zeiten anzupassen.

Mit dem Abbau von Belegschaften geht es immer schnell. Aber die Jahre schwerster Krise haben nicht vermocht, den aufgeblähten Verwaltungsapparat der Direktoren und Aufsichtsräte der Zeit anzupassen. Die Betriebe arbeiten, arbeiten mit 30 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit, nur noch Bruchteile der alten Stammschicht sind beschäftigt, aber vor den Pfründen der „Wirtschaftsführer“ hat die Krise ebenso haltgemacht, wie die Notverordnung der Regierung.

Phantastische Einnahmen werfen diese Pfründen ab.

Durchschnittsgehälter von 100 000 bis 150 000 Mark im Jahr sind

Jährlich (!) — von dem 20-Millionen-Kapital rund 15 Millionen Mark.

Dieser Großaktionär setzte für das Jahr 1931 die phantastische Dividende von 37 Proz. (!) durch und erhielt darauf 5 1/2 Millionen Mark ausgezahlt.

Daß außer diesen Riesengehältern noch Sonderbezüge als Unkostenpfeifen und Repräsentationsgelder in die Taschen der führenden Direktoren fließen, versteht sich am Rande. Diese werden aber den Blicken einer interessierten Öffentlichkeit sorgfältig entzogen. Bei einer Revision kam ein Fall von vielen an das Tageslicht. Fast 5 Millionen Mark hatte der Generaldirektor Koster vom Kalkonzern Wintershall aus seinem „Dispositionsfonds“ verausgabt.

Diese kleine kapitalistische Oberschicht ist von den Belastungen der Notverordnung verschont geblieben. Diese Vertreter der wahren „Mittigen Grundlagen der Nation“ haben im Gegenteil noch ein Steuererleichterung von 100 Millionen erhalten, indem die Industriebetriebe nur noch die Hälfte der Aufbringungsumlage (Reparationssteuer) zu leisten haben. Aber die Regierung Papen würde ihr eigenes Ich verleugnen, wenn sie als Vertreterin der Junker und Industriemagnaten auch das Großkapital im Interesse der „Volksgemeinschaft“ zu der Aufbringung der Krisenlasten mit heranziehen würde.

Volksgenossen, wir Sozialdemokraten sind so gute Söhne des Volkes wie ihr! Lernt uns kennen! Leset den „Vorwärts“! Besucht unsere Versammlungen!